

Stenographischer Bericht

2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VII. Periode — 14. Mai 1970

Inhalt

Personalien:

Entschuldigt ist Abg. Scheer.

Beurlaubung des Abg. Scheer (7).

Angelobung des Ersten Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner-Blazizek als Abgeordneter des Steiermärkischen Landtages (7).

Wahlen:

Wahl des Landeshauptmannes von Steiermark (9).

Redner: Landesrat Sebastian (8), Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz (9).

Wahlvorgang (9).

Redner: Landeshauptmann Krainer (10).

Wahl der übrigen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung (14).

Wahl der Bundesräte (15).

Wahl der Landtagsausschüsse (15).

Zuweisungen:

Regierungsvorlagen Einl.-Zahl 1, 2, 3, 7 und 10, Regierungsvorlagen, Beilage Nr. 1, Einl.-Zahl 11, 12 und 13 dem Finanz-Ausschuß (18).

Anzeigen, Einl.-Zahl 4, 5 und 6, sowie Ersuchen des Kreisgerichtes Leoben, Einl.-Zahl 8, dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß (18).

Beginn der Sitzung: 10.10 Uhr.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hoher Landtag!

Ich eröffne die 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der VII. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt ist: Abg. Scheer.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, haben wir die Angelobung von 2 Abgeordneten vorzunehmen.

Es ist dies Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, der zufolge Erkrankung verhindert war, an der konstituierenden Sitzung des Steiermärkischen Landtages teilzunehmen. Wir alle freuen uns aufrichtig und herzlichst, Sie, Herr Landeshauptmann, hier im Hohen Haus wieder begrüßen zu können und wünschen Ihnen, daß Sie bald wieder in voller Frische und Gesundheit Ihren Aufgaben nachgehen können.

Weiters hat die Landeswahlbehörde für den erkrankten Landtagsabgeordneten Franz Scheer mit Kundmachung vom 8. Mai 1970 Karl Wimmler auf die Dauer der Erkrankung des Genannten vorübergehend in den Steiermärkischen Landtag berufen.

Dieser ist heute erschienen und kann die Angelobung als Ersatzmann leisten.

Nach § 11 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes und nach § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat jeder Abgeordnete in

der 1. Landtagssitzung, an der er teilnimmt, unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderer Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten, zu geloben.

Weiters ist mir ein Schreiben des Abg. Franz Scheer um Erteilung einesurlaubes für die Dauer seiner Erkrankung zugegangen.

Nach § 8 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erteilt Urlaube, die ein Monat überschreiten, der Landtag.

Ich schlage daher vor, Abg. Franz Scheer einen Urlaub auf die Dauer von 3 Monaten zu erteilen.

Wer der Erteilung einesurlaubes an Abg. Scheer in diesem Ausmaß zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschiebt.)

Der Urlaub ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche nun den Schriftführer Abg. Brandl zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen.

Hierauf hat Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek und Herr Karl Wimmler die Angelobung durch die Worte „Ich gelobe“ zu leisten.

Die Damen und Herren des Hohen Hauses ersuche ich, sich von ihren Sitzen zu erheben.

(Verlesung der Angelobungsformel durch Abg. Brandl.)

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Ich gelobe — Abg. Wimmler: Ich gelobe.

Die Tagesordnung habe ich Ihnen bereits mit der Einladung zur heutigen Landtagssitzung bekanntgegeben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen somit zum Tagesordnungspunkt „Wahl des Landeshauptmannes“.

Nach § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Landtag mittels Stimmzettel vorzunehmen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Da außer der Wahl des Landeshauptmannes noch weitere Wahlen auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Wahl des Landeshauptmannes mit Stimmzettel, die übrigen Wahlen durch Aufstehen von den Sitzen vorzunehmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche nun einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um einen Wahlvorschlag für den Landeshauptmann.

Abg. Landesrat Wegart: Namens des Landtagsklubs der Österreichischen Volkspartei beantrage ich, den Abg. Ökonomierat Josef Krainer zum Landeshauptmann zu wählen.

Präsident: Liegen dazu Wortmeldungen vor? Herr Landesrat Sebastian hat sich zu Wort gemeldet.
Landesrat Sebastian: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Zur nun folgenden Wahl des Landeshauptmannes und der Steiermärkischen Landesregierung möchte ich namens des Sozialistischen Landtagsklubs folgende Erklärung abgeben: Am 1. und 15. März dieses Jahres wurde die Bevölkerung aufgerufen, um in freier und geheimer Wahl darüber zu entscheiden, wie in diesem Staate und in diesem Lande die tätigen und wirkenden politischen Kräfte und Parteien zu beurteilen sind und mit welchem Maße an Vertrauen und Auftrag für die Zukunft sie diese auszustatten bereit sind. Die SPÖ konnte am 1. März einen überwältigenden Erfolg und damit ein Höchstmaß an Vertrauen erringen. Sie ist sich aber auch bewußt, daß dies ein Höchstmaß an Verpflichtung gegenüber der Republik Österreich bedeutet. Aber auch beim zweiten Urnengang, meine Damen und Herrn, am 15. März dieses Jahres, gelang es uns, Stimmen und Mandate zu gewinnen. Die ÖVP hat die absolute Mehrheit in diesem Hause verloren, die KPO ist nicht mehr im Landtag vertreten. Der Mandatsabstand der beiden großen Parteien hat sich von bisher 5 Mandaten auf 2 Mandate verringert. Es war also der eindeutige Wille der Wähler, die Sozialistische Landtagsfraktion zu stärken und ihr ein höheres Maß an Mitverantwortung und Mitbestimmung bei der Gestaltung der Landespolitik zu übertragen. Unter Beachtung der demokratischen Grundsätze und in Anerkennung des Wählerauftrages haben wir bei den der heutigen Sitzung vorangegangenen Verhandlungen über die Referatseinteilung und die Geschäftsführung in der Landesregierung nicht mehr verlangt, als wir bei annähernd gleicher Stärke und gleichem Stärkeverhältnis in diesem Hohen Hause bereits gehabt haben. Ich muß bei dieser ersten Sitzung und bei dieser Wahl sagen, daß von Seite der ÖVP nur wenig Bereitschaft bestand, diesem so klar zum Ausdruck gekommenen Wählerwillen zu entsprechen. Die ÖVP hat bei den Verhandlungen, die abgeführt wurden, neue Grundsätze, neue Maximen, ja ich möchte sagen, neue Philosophie vertreten — und zwar hat sie sich auf den Standpunkt gestellt, und das möchte ich dem Hohen Hause und der Öffentlichkeit mitteilen, daß, weil in der Landesregierung das Kräfteverhältnis nicht verändert wurde, auch eine Änderung in der Geschäftsführung und Referatseinteilung nicht notwendig wäre. Das ist ein Standpunkt! Man kann einen solchen Standpunkt vertreten —

aber die ÖVP hat diesen Standpunkt nicht vertreten im Jahre 1961 und auch nicht im Jahre 1965. Auch damals hat sich am Kräfteverhältnis in der Regierung nichts geändert — im Gegenteil, im Jahre 1965 haben wir an Prozenten und in relativen Zahlen mehr gewonnen als die ÖVP — trotzdem aber wurden bei den Parteienverhandlungen Änderungen in der Referatsaufteilung vorgenommen. Das endgültige Ergebnis dieser Verhandlungen habe ich gestern vom Herrn Landeshauptmann mitgeteilt erhalten. Es ist, um es kurz zu sagen, für uns nicht befriedigend. Ich möchte Ihnen ersparen, obwohl es ganz wenige Dinge sind, man konnte dies bereits heute in der Presse lesen, welche Zugeständnisse uns gemacht wurden — jedenfalls hinsichtlich der Referatseinteilung und Referatsverteilung in so geringem Maße, daß es, wie es uns scheint, kein Äquivalent für den Wählerwillen ist.

Für uns ergab sich — und das haben Sie im Rundfunk und in der Presse gehört — die Frage, wie wird sich der Sozialistische Landtagsklub bei der Wahl des Landeshauptmannes verhalten? Ich möchte dazu folgendes sagen, meine Damen und Herren:

So wie wir der Auffassung sind, daß es der eindeutige Wunsch der Wähler war, den Einfluß der Sozialisten in der Landespolitik zu stärken, so respektieren wir unter Anerkennung der parlamentarischen Gepflogenheiten auch den Wählerentscheid, wonach die ÖVP als stärkste Fraktion im Landtag den Landeshauptmann stellen soll. Ich gebe daher namens meiner Fraktion die Erklärung ab, daß der Sozialistische Landtagsklub für die Wahl des Herrn Ökonomierates Josef Krainer zum Landeshauptmann stimmen wird. Auch werden wir bei der Wahl der Landesregierung für die von Ihnen vorgeschlagenen Kandidaten stimmen. Wir Sozialisten haben bei den abgeführten Verhandlungen, und das sage ich den Menschen draußen und den Wählern, nicht nur um Referate und um Machtaufteilung gerungen, sondern in sehr loyaler Weise auch unsere Vorstellungen hinsichtlich der künftigen Aufgaben in der Landespolitik dargelegt; und ich möchte das auch hier tun. Diese unsere Vorstellungen waren im speziellen, daß wir der Meinung sind, daß es eine der wesentlichsten und vordringlichsten Aufgaben des Landtages und der Landesregierung sein wird, daß die Wohnbauförderung nach Schwerpunkten vorgenommen wird, die zur Lösung der wirtschaftlichen und industriellen Strukturprobleme dienen sollen; daß heißt also zur Erleichterung des Ausbaues der Industrie und der Selbsthaftmachung industrieller Unternehmungen. Wir glauben, daß damit unmittelbar im Zusammenhang steht und daß das ein dringendes Gebot und ein Erfordernis der Zeit ist, daß Grundsätze für die Wasserbauten für Kanal und Wasser festgelegt werden sollten, um hier beschleunigter, rationeller vorwärts zu kommen. Weiters sind wir der Meinung und haben diese Meinung bei den Verhandlungen vertreten, daß ein Wirtschaftsbeirat zur Erarbeitung von Grundlagen für die Wirtschaftsforschung und Betriebsansiedlung installiert werden sollte, bestehend aus Fachleuten, Technikern, Wissenschaftlern, die der Regierung ihre Auffassung zu diesen Problemen unterbreiten sollen und diese zu beraten hätten. Ein

weiteres Anliegen, welches wir erwarten und erhoffen und als Sozialistische Fraktion in diesem Hohen Hause vertreten werden, und zwar mit allem Nachdruck vertreten werden, ist eine Konzentration des Straßenbaues durch Erklärung von Vorrangbauten im Mur- und Mürztal als zentraler Industriebereich und die verkehrsmäßige Aufschließung der Landeshauptstadt. Weiters sind wir der Auffassung, daß es höchst an der Zeit ist, eine Gesamtplanung des Schulbaues voranzutreiben, um die Mittel zweckmäßigst und rationellst und am erfolgbringendsten einsetzen zu können.

Eine der letzten Fragen, die wir im Rahmen dieser Verhandlungen vertreten haben, ist unsere Auffassung, daß es dem Hohen Hause angelegen sein sollte, eine Wahlrechtsreform dergestalt vorzunehmen, daß eine gerechtere Wahlarithmetik Platz greift und mit dem Ziele einer stärkeren Bindung des Abgeordneten zum Wähler. Diese unsere Vorstellungen über die künftigen Aufgaben des Landtages und der Landesregierung waren aber keine Bedingungen für das Verhandlungsergebnis, sondern eine loyale Ankündigung jener wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen, die wir neben den bisher schon vertretenen Finanzwirtschaftsfragen sowie sozialen und kulturellen Aufgaben des Landes vertreten haben.

Meine Damen und Herren, die steirische Bevölkerung hat uns in hohem Maße das Vertrauen ausgesprochen. Dieses Vertrauen zu rechtfertigen und den Wählerauftrag von fast 328.000 Menschen in diesem Lande zu erfüllen, werden wir als Sozialisten ständig bemüht sein. Ich gebe Ihnen aber auch namens meiner Fraktion das Versprechen ab, daß wir unter Wahrung unserer politischen Grundsätze jederzeit bereit sind, mit allen positiven Kräften dieses Landes weiter zum wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der steirischen Bevölkerung zusammenzuarbeiten. Wir werden sowohl im Landtag wie in der Landesregierung unter Wahrung unseres Gelöbnisses und unter Beachtung aller Gesetze die uns übertragenen Pflichten gewissenhaft erfüllen und unter Hintansetzung des Trennenden das Verbindende und Gemeinsame suchen und dafür einstehen, zum Wohle unserer steirischen Heimat, zum Wohle unseres Vaterlandes.

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Bei der nun folgenden Wahl des Landeshauptmannes von Steiermark werden die freiheitlichen Abgeordneten ihre Stimme für Ökonomierat Josef Krainer abgeben. Für diesen Entschluß waren folgende Gründe maßgeblich: Mit dem Ergebnis der Landtagswahl vom 15. März 1970 stand auch fest, daß in der VII. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages die ÖVP 5 der 9 Regierungsmitglieder stellen wird, und zwar unabhängig davon, ob für die Ermittlung der Zahl der Regierungssitze, die die Landesverfassung vorsieht, das D'Hond'sche oder das Hagenbach-Bischoff'sche Verfahren angewendet wird. Es war daher ebenso

klar, daß die ÖVP, die damit zwar nicht im Landtag, wohl aber in der Regierung über eine absolute Mehrheit verfügt, den Landeshauptmann stellen wird. Die freiheitlichen Abgeordneten respektieren mit ihrer Entscheidung den am 15. März zum Ausdruck gekommenen Wählerwillen. In der Kritik der bisherigen Landespolitik hat die Freiheitliche Partei vor allem darauf hingewiesen, daß der Weg des Überstimmens durch das demokratische Prinzip des Überzeugens ersetzt werden muß. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß für die Freiheitliche Landtagsfraktion die notwendige Basis für eine sachliche Mitarbeit gegeben sein muß. In den Parteienverhandlungen, die dieser Wahl vorausgingen, konnte eine derartige Arbeitsgrundlage zumindest teilweise erreicht werden. Sie besteht in der beratenden Mitwirkung in den wichtigsten Ausschüssen und in der neuerlichen Übertragung des Vorsitzes im Kontrollausschuß an die FPÖ. Die Mängel in der Geschäftsordnung, insbesondere im Hinblick auf die Fragestunde, sollen einvernehmlich beseitigt werden, wobei insbesondere an die Möglichkeit einer zweiten Zusatzfrage und an die tatsächliche Berichtigung rechtlicher bzw. sachlich unrichtiger Antworten eines Regierungsmitgliedes gedacht ist. Ebenso wird die Frage der Beiziehung von Experten für die Arbeit der Landtagsfraktionen Gegenstand noch durchzuführender Verhandlungen sein. Dieses Verhandlungsergebnis hat ebenfalls zum Entschluß der Freiheitlichen Abgeordneten wesentlich beigetragen. Die Abgeordneten der FPÖ haben in diesem Haus noch nie Kritik um der Kritik willen geübt sondern waren stets um eine sachliche Arbeit für Steiermark bemüht. Auch in der VII. Gesetzgebungsperiode wird sich diese Einstellung nicht ändern. Wir werden auf die kritische Beleuchtung von Entscheidungen dort nicht verzichten, wo dies nötig ist, wir werden aber andererseits Entscheidungen unserer Zustimmung nicht versagen, wo wir diese Entscheidungen für richtig halten. Wir erwarten von der neuen Landesregierung, daß sie in klarer Erkenntnis ihrer Verantwortlichkeit gegenüber dem Landtag und in absoluter Respektierung der Rechte aller Abgeordneten dieses Hauses tätig sein wird und geben in dieser Erwartung unsere Stimme für alle Mitglieder der neuen Landesregierung ab.

Präsident: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, kommen wir zum Wahlvorgang selbst.

Ich ersuche die Abgeordneten Ritzinger und Brandl, je zwei Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und einen Stimmzettel von jedem Abgeordneten wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Hohes Haus!

Meine Damen und Herren!

Ich stelle fest, daß 56 Stimmzettel abgegeben wurden. Von den abgegebenen Stimmzetteln sind 2 leer. Diese leeren Stimmzettel sind gemäß § 54 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ungültig.

Für die Wahl des Abgeordneten Josef Krainer zum Landeshauptmann wurden 54 Stimmen abgegeben.

Abg. Ck.-Rat Josef Krainer ist daher einstimmig neuerlich zum Landeshauptmann gewählt worden.

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann unter Berufung auf seine als Abgeordneter geleistete Angelobung zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmann Krainer: Ich nehme die Wahl an.

Namens des Landtages beglückwünsche ich den Herrn Landeshauptmann Josef Krainer zu dieser einstimmigen Wahl. Es ist das 7. Mal, daß Josef Krainer zum Landeshauptmann der Steiermark gewählt wurde. Wir wünschen ihm auch in der kommenden Legislaturperiode Erfolg, Glück und Segen in seiner Amtsführung für die steirische Heimat.

Ich erteile dem neugewählten Landeshauptmann Ck.-Rat Josef Krainer das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Die Abgeordneten des Hohen Hauses haben mir durch ihre Wahl wieder das Vertrauen geschenkt. Ich danke Ihnen dafür und verspreche, daß ich, solange mir der Herrgott Gesundheit und Kraft schenkt, gerne mit allem sittlichen Ernst der Steiermark dienen werde. Ich fühle mich auch verpflichtet, den steirischen Wählern Dank zu sagen, daß sie von ihrem demokratischen Recht Gebrauch gemacht und in freier Entscheidung ihre Wahl getroffen haben.

Durch den Willen der Wähler wurde die Voraussetzung für meine Wahl zum Landeshauptmann der Steiermark geschaffen.

Die Volkspartei wurde die stärkste Partei, sie trägt durch ihre Mandatare wieder die Hauptverantwortung in Regierung und Landtag.

Die Steirer haben am 15. März einen Akt der Eigenständigkeit gesetzt. Sie sind keinem Trend gefolgt und haben durch ihre Entscheidung zu erkennen gegeben, daß sie die Probleme des Landes nicht mit sonstigen politischen Aspekten vermischt sehen wollen.

Wir dürfen glücklich sein, Mandatsträger eines selbstbewußten Volkes zu sein. Unsere Zeit wird nicht durch Mitläufer, sondern durch Menschen geprägt, die zu einer eigenen Urteilskraft fähig sind.

Der Wählerauftrag ist eindeutig:

Die Anliegen der Steiermark sind über parteipolitische Auseinandersetzungen zu stellen. In dem Augenblick, wo wir in den Schatten innerpolitischer Konflikte, gleichgültig unter welchen Vorzeichen, geraten, werden wir zu Erfüllungsgehilfen der Wiener Zentralen. Die Mandatare der Volkspartei werden sich nie dazu hergeben, sondern stets die Probleme und Notwendigkeiten der Menschen dieses Landes sehen und vertreten. Ich hoffe, daß das die einheitliche Auffassung der Mitglieder dieses Hauses ist.

Von der Geschichte her betrachtet, waren wir zu allen Zeiten eine gewachsene, wohl eigenwillige, aber vaterlandstreue Gemeinschaft.

Ob Einparteienregierung, Minderheits- oder Koalitionsregierung in Wien, wenn es um steirische Interessen geht, müssen wir uns finden, um entschlossen aufzutreten und das Erreichbare durchzusetzen.

Wir haben in der Vergangenheit unter Beachtung des Gemeinsamen die Schwächung unserer Wirtschaftskraft verhindern können. Ich denke hier an die Pläne um unsere Kohlengruben, den Ausbau der Ennskraftwerke, den Beginn des Autobahnbauens und vieles andere.

Die politische Kraft der Steiermark ist daher das wertvolle Kapital in den unausweichlichen Auseinandersetzungen mit der Zentralgewalt. Eine Renaissance des bundesstaatlichen Aufbaues ist zu erwarten, wenn die Zeichen der Zeit richtig gewertet werden. Dies hat keine politische Ursache. Die moderne Entwicklung ist für uns. Zentrale Administrationen werden mit den komplexen Problemen nicht mehr fertig. Kleine Einheiten, die handlungs- und aktionsfähig sind, bieten sich an.

Wenn diese Tatsache nicht richtig verstanden wird, prallt der Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung mit überholten hierarchischen Strukturen zusammen. Die Folge wäre eine Staatsverdrossenheit, die schließlich an der Funktionstüchtigkeit der Demokratie Zweifel aufkommen ließe.

Unser Ziel muß eine lebendige Demokratie sein, die sich durch eine fortgesetzte Anteilnahme der Regierten auszeichnet.

Deshalb wird unsere Politik im Rampenlicht der Öffentlichkeit bewußt zu machen sein, um den Staatsbürger zum Mitdenken, zur Kritik und zur Mitverantwortung anzuregen. Wir werden in unserer Gesetzgebung, in der Geschäftsordnung und den Beschlüssen des Landtages neue Wege der Demokratisierung unseres Landes suchen und finden.

Ideologien werden mehr und mehr an Bedeutung verlieren, da sie in abstrakten Schemen und nicht in der Wirklichkeit verhaftet sind.

Die Philosophie, eine Partei, ein Glaube, ein Wille und Weg, wird in uns einen harten Gegner finden. Deshalb muß unsere Landesregierung und das Hohe Haus zu einer schöpferischen und lebensnahen Führungsaufgabe fähig sein. Sollten wir versagen, begünstigen wir die anarchistischen Tendenzen, die in Europa spürbar sind und auch auf unser Land übergreifen könnten.

Unsere Aufgabe in der Gesetzgebung und Vollziehung kann nicht unser Auftrag sein, nur Gebote und Verbote zu setzen, sondern den Freiheitsraum mit sinnvollem Leben zu erfüllen. Dann wird uns die Jugend folgen, weil sie zum Gestalten angeregt wird und nicht gezwungen ist, Reguliertes und Systemisiertes zu übernehmen.

Das politische Tagewerk nimmt uns wieder in Anspruch. Der vergangene Wahlkampf hat Schutt angehäuft. Er soll im Geiste der Toleranz und des Verständnisses für menschliche Schwächen beseitigt werden, wie es unserem „steirischen Klima“ entsprechen würde.

Wahlkämpfe sind Konfrontationen, die stimulieren. Sie dürfen aber nicht in Feindschaften ausarten, Achtung und Respekt sind der beste Weg, um Vergangenheit zu vergessen. In dieser Gesinnung sind wir immer gut gefahren. Wir würden der Demokratie jedoch einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir so täten, als sei nichts geschehen und die

Schuld auf die verantwortlichen Wahlmanager oder gar auf Journalisten abschieben; das wäre billig und feige.

Eines darf ich noch vermerken:

Das Recht und die Pflicht jedes Regierungsmitgliedes und Abgeordneten, sich um seine Wähler zu kümmern, steht außer Zweifel. Der öffentliche Auftrag an die Männer und Frauen in Gesetzgebung und Vollziehung heißt Arbeit für das Wohl aller Steirer, ohne Unterschied, welcher politischen Meinung, welcher Konfession oder Rasse sie angehören.

Ich will damit niemandem eine Belehrung erteilen, sondern nur betont zum Ausdruck bringen, daß es unsere erste Pflicht ist, uns auf die Führungsaufgabe in Staat und Gesellschaft zu besinnen, die uns vom Wähler übertragen wurde. Es muß in diesem Zusammenhang gesagt werden: Wir müssen für die Beschlüsse und Gesetze, die in diesem Hause gefaßt werden, nicht nur geradestehen, wir müssen die Bevölkerung auch darüber aufklären und sie vertreten. Die demokratische Ordnung erfordert Mut und Wahrheit.

Die Landespolitik ist vielgestaltig. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, Entscheidungen dieses Hohen Hauses berühren im Laufe einer Periode das ganze Land. Schwerpunkte und Prioritäten müssen der Maßstab unseres Handelns sein. Wir werden unser Förderungswesen weiter ausbauen, Wohnbaurdarlehen, Besitzfestigungsbeihilfen, Kredite für die Bereiche des Fremdenverkehrs, der Industriensiedlung, der Betriebserweiterung, Blinden- und Behindertenhilfen usw. dorthin lenken, wo es nützt.

Unsere Förderungstätigkeit und die sozialen Aufgaben sollen auch dazu beitragen, um den Lebenskampf der Familien zu erleichtern. Die Steirer können weiter auf uns rechnen.

Theoretiker sind gerne plangläubig und möchten eine total geordnete Zukunft jederzeit ablesen können. So etwas gibt es nicht. Wir möchten dem ein Modell entgegensetzen, das wohl den Rahmen für zukünftige Entwicklungen absteckt, trotzdem aber den notwendigen Entscheidungsspielraum, die notwendige Flexibilität offen läßt.

Hier bieten sich als Beispiel für die kommende Zeit an:

Das österreichische Raumordnungskonzept, in das die Landesplanung eingeordnet wird, eine Vielzahl von Modellen für die Bildungseinrichtungen, den Verkehr, für die weitere Industrialisierung, für unsere Heil- und Pflgeanstalten und so fort.

Für die Bewältigung der großen Aufgaben im öffentlichen Leben, in der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung müssen wir Instrumente erarbeiten, die ein sachgerechtes Regieren ermöglichen. Eine eigene Datenbank, die umfangreiches Material verfügbar machen soll, ist nur in Kooperation mit dem Bund denkbar. Ein Anschluß der Steiermark an eine solche österreichische Datenbank ist heute technisch ohne Schwierigkeiten und ohne großen Aufwand möglich. Auf Grund von bisher vorliegenden Gutachten und Analysen werden wir das Modell der

steirischen Zukunft erarbeiten, mit dem sich auch das Hohe Haus zu beschäftigen haben wird.

Das zentrale Thema soll lauten: „Der Mensch und seine Umwelt“.

Wir müssen uns im klaren sein, daß unser Schicksal von der weiteren Entwicklung der nationalen und internationalen Wirtschaft, unseres Exportes und den maßgeblichen Einflüssen des Konsum- und Sparverhaltens sowie der Steuer- und Eigentums politik abhängt.

Schließlich haben wir davon auszugehen, daß die Änderung der Lebensgewohnheiten, der Arbeitsbedingungen und der wachsenden Freizeit im Flusse sind. Damit zeichnen sich die Ziele der Politik ab. Unser Volk muß in der Lage sein, das Schicksal geistig auf höchster Stufe, gesund und lebensfroh zu meistern, aufbauend auf gesicherten Existenzgrundlagen, eingeordnet in nationale und internationale Verkehrsströme.

Die Größe dieser Aufgaben weist darauf hin, daß das Land Steiermark auch mit einem 4-Milliarden-Budget und noch mehr nur einen Beitrag leisten kann. Wir sind abhängig von der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und den Mitteln des Bundes, die uns auf Grund des Finanzausgleiches und des Förderungswesens zustehen.

Unsere Schwerpunkte sind:

Geistige Aufrüstung, wirtschaftliches Wachstum einschließlich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs, Ausbau des Verkehrsnetzes, des Wohnungswesens, die Förderung der Volksgesundheit, verbunden mit den sozialen Leistungen, soweit das Land dafür zuständig ist.

Unsere Politik darf sich nicht darin erschöpfen, sich auf die Verteilungsfunktion der Finanz- und Steuerpolitik zu verlassen. Das ist ein Ausgleich und nicht mehr. Wenn wir besser leben wollen, muß die Wirtschaft höhere Erträge abwerfen. In unserer demokratischen Ordnung kann das Volk selbst entscheiden. Was ist erstrebenswerter? Mehr verdienen oder mehr Freizeit? Die Zukunftsforscher meinen, daß von der Beantwortung dieser Frage die Entwicklung der nächsten 10 Jahre abhängt.

Das Modell der steirischen Zukunft ist anpassungsfähig auf die Siebzigerjahre ausgerichtet.

30.000 neue Arbeitsplätze sind zu schaffen. Hand in Hand damit muß der Umschichtungsprozeß von der weniger qualifizierten zur qualifizierten Arbeit gehen. Gelingt dieser Vorgang, wird die Vorhersage Wirklichkeit, daß die Verdoppelung des Volkseinkommens erreichbar ist. Unter der Voraussetzung, daß die Investitionsprogramme unserer Wirtschaft zum Tragen kommen, die Investitionen gefördert und nicht gehemmt werden, ist zu erwarten, daß die Steiermark ihre Stellung innerhalb der österreichischen Volkswirtschaft weiter ausbauen wird.

Bei den Reorganisationsmaßnahmen der verstaatlichten Industrie und der erforderlichen Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Betrieben wird darauf zu achten sein, daß nicht über Nacht Verlagerungen von Produktionen in Betriebe erfolgen, die außerhalb der Steiermark ihren Standort haben.

Konzentrationen und Bereinigungen sind zu bejahen. Das Industrieland Steiermark darf jedoch nicht demontiert, sondern muß angereichert werden. Ein wichtiger Schritt für die industrielle Ausrüstung nach Fertigstellung der Pipeline ist der Bau der Raffinerie Lannach. Die Entscheidung der Gewerbebehörde beim Handelsministerium wurde für die nächsten Wochen zugesagt. Angestellte Untersuchungen und Kontakte für die Etablierung jener Industriezweige, die der Inbetriebnahme einer Raffinerie folgen, eröffnen Perspektiven, die moderne industrielle Entwicklungen ermöglichen.

Mit der Grundsteinlegung der Siemenswerke in Deutschlandsberg wurde gestern eine weitere erfolgreiche Maßnahme für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in der Weststeiermark gesetzt.

Das Pogramm unserer Betriebsgründungen kann positiv beurteilt werden, eine Reihe von Projekten wird in der nahen Zukunft zum Tragen kommen. Wir sind glücklich, daß darunter international orientierte Konzerne sind, die zum steirischen Ingenieur und Facharbeiter Vertrauen gewonnen haben.

Es erübrigt sich zu betonen, daß über das Landesbudget jährlich steigende Mittel bereitzustellen sein werden. Dies verlangt auch nach einer entsprechenden Dotierung aus dem Bundesinvestitionsprogramm. Wir werden im Laufe der kommenden Monate detaillierte Vorschläge über steirische Investitionsprogramme, die wir im übertragenen Wirkungskreis zu erfüllen haben, vorlegen. Unsere gewerblichen, die Fremdenverkehrs- und Industriebetriebe sind wieder investitionsfreudig geworden. Großen Wert legen wir darauf, daß entsprechende Investitionen für die verstaatlichte Industrie durch die OIG anerkannt und gefördert werden. Das gilt im besonderen für die Alpine Donawitz, für das Gußstahlwerk Judenburg und für Schoeller-Bleckmann.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen:

Unser Förderungswesen reicht vom industriellen Betrieb bis zum kleingewerblichen Unternehmen einschließlich der Fremdenverkehrsbetriebe. Gerade sie müssen einen höheren Standard erreichen, damit wir im internationalen Wettbewerb bestehen können.

In der Landwirtschaft bleibt der Familienbetrieb unser Leitbild. Der Nebenerwerbsbetrieb wird in der bäuerlichen Struktur künftig bei verstärkter industrieller Durchsetzung des Landes eine größere Rolle spielen. Zur Verbesserung der bäuerlichen Besitzstruktur soll der Grundauffangfonds durch Bereitstellung höherer Mittel zu einem noch wirksameren Instrument ausgebaut werden. Für den rationalen Einsatz der Maschinen ist eine Beschleunigung der Grundzusammenlegung eine wichtige Voraussetzung.

Die äußere und innere Verkehrserschließung im land- und forstwirtschaftlichen Bereich sowie die Sicherung der Weginstandhaltung ist fortzusetzen. Die überbetriebliche Zusammenarbeit ist zu forcieren durch eine verstärkte Förderung der Maschinenringe, der Gemeinschaftsanlagen für die überbetriebliche Veredelungswirtschaft und die gemeinsame Verwertung von Produkten auf den Ab-

satzmärkten. Die Umstellung auf standortgemäße Spezialkulturen wird überlegt zu betreiben sein.

Der Bildungssektor ist durch das von Politik und Wissenschaft erarbeitete Konzept klar umrissen. Daß gerade in diesem Bereich nicht immer alles genau nach Plan geht, hat sich verschiedentlich gezeigt. Wir werden daher einem flexiblen Modell folgen müssen.

Es ist zu unterscheiden zwischen Bundes- und Landesaufgaben. Dieser Unterschied ergibt sich nur aus der Art der Finanzierung.

Das Bildungswesen ist für uns von der Hochschule bis zur Volksschule eine Einheit. Nur wenn der Geist der Universitas in alle Bereiche hineinleuchtet, wird eine gebildete und nicht nur ausgebildete junge Generation heranwachsen. Für den Ausbau unserer Hochschulen wurde ein detailliertes Programm erarbeitet. Dazu bedarf es eines eigenen Berichtes.

Es soll hier nur der Grundsatz festgehalten werden, daß die Universität, die Technische Hochschule, die Montanistische Hochschule und die Musikakademie nur dann ihre Aufgaben erfüllen können, wenn mit dem Bau von neuen Instituten eine ausreichende Dotierung im Dienstpostenplan einhergeht.

Neue Lehrkanzeln brauchen adäquates wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal, wobei der ausgewiesene Nachholbedarf nicht übersehen werden soll. Großen Wert legen wir auf ein Institut für Kunststoff- und Festkörperforschung und das Institut für Stahlbau.

Das Land wird durch Leistungen aus dem Landesforschungsfonds und den Strukturmitteln über die kooperativen Forschungsanstalten seine Beiträge leisten. Die Verdichtung der Zusammenarbeit mit potenten ausländischen Forschungsinstituten berechtigt zur Hoffnung, daß die Steiermark bei der ökonomischen Verwertung neuer Erkenntnisse in den nächsten Jahren sich eine Vorzugsstellung ausbauen kann. Dies danken wir der geistigen Kapazität unserer hohen Lehrer und Forscher, die mit dem Lande fest verwurzelt sind.

Ich muß um Verständnis bitten, daß wir Forschungsvorhaben gerne dann fördern, wenn die industrielle Verwertung neuer Methoden in der Steiermark gewährleistet ist.

Im Herbst dieses Jahres nimmt auch die von uns geschaffene Akademie für Führungskräfte ihren Betrieb auf. So können wir den Spitzenkräften in Wirtschaft und Verwaltung jene Abrundung ihrer Ausbildung ermöglichen, die sie in die Lage versetzt, im Rahmen eines modernen Managements ihre Pflichten zu erfüllen.

Der Bildungsweg von der Volksschule bis zur Hochschule soll im ganzen Land ermöglicht werden. Deshalb anstelle niederorganisierter höherorganisierte Volksschulen, die Zusammenfassung von Volksschuloberstufen, die Festsetzung von Schulsprengeln für einzelne Gegenstände, Umwandlung von einzügig geführten Hauptschulen in zweizügig geführte Hauptschulen. Dieses Konzept macht den Bau von etwa 10 neuen Hauptschulen notwendig.

Wichtig erscheint weiters der obligate Haushaltsunterricht für Mädchen. Der Standort für drei neue

Mittelschulen muß noch geklärt werden. Des weiteren brauchen wir vier höhere technische Lehranstalten sowie eine Fachschule für Computertechnik.

Das Land wird den Gemeinden beim Schulbau weiterhin behilflich sein. Der Einsatz von Schüleromnibussen wird in den nächsten Jahren stärker anfallen. Sowohl finanziell als auch organisatorisch wird eine Koordinierung Land, Gemeinden, Bundesbahn und Post notwendig sein, damit der Aufwand in erträglichen Grenzen gehalten und den Eltern keine unzumutbaren Belastungen aufgebürdet werden.

Im Zusammenhange mit dem Landesvoranschlag 1970 wurde für die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen ein abschließendes Ausbauprogramm festgelegt. Für das Berufsschulkonzept wird ergänzend eine Sonderfinanzierung im Ausmaß von 105 Millionen Schilling in den Jahren 1970, 1971 und 1972 ausgeschüttet werden.

Die Landesberufsschulen Hartberg, Voitsberg und Radkersburg werden fertiggestellt und zwei neue Berufsschulen für das Nahrungsmittelgewerbe sowie für die Kleidermacher und Friseure errichtet. Damit wird ein Netz von Landesberufsschulen mit Internatsbetrieb für die Ausbildung der Jugend gesichert.

Bedeutend ist die Planung für ein Umschulungszentrum, die abgeschlossen wurde. Aufgabe dieser Einrichtung wird es sein, Hilfsarbeitern eine Facharbeiterausbildung zu vermitteln, der strukturellen Umschichtung im Gewerbe Rechnung zu tragen und weichenden Bauernsöhnen eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen.

Mit der Beschlußfassung über die Errichtung von zwei landwirtschaftlichen Fachschulen, und zwar in Kobenz und Wetzawinkl, im Budget 1970 wird das Fachschulprogramm für die Landwirtschaft erfüllt sein.

Für die Erwachsenenbildung erwarten wir uns, ausgehend vom Volksbildungsheim Retzhof, tragende Impulse.

In der Betrachtung der Verkehrssituation des Landes müssen wir uns das gesamte Netz der Verkehrswege vor Augen halten:

Autobahn, Bundes- und Landesstraßen, Gemeinde-, Güterwege und Hofzufahrten, Schiene und Luftverkehr. Unser Ziel ist, schon im Jahre 1971 400 Millionen Schilling für die Südautobahn und 200 Millionen Schilling für die Phyrnautobahn, einschließlich der Schnellstraße Graz—Bruck a. d. Mur zu verbauen. Für die Phyrnautobahn brauchen wir eine Sonderfinanzierung. Organisatorische Grundlage wird eine eigene Gesellschaft sein.

Die Neubewertung des österreichischen Bundesstraßennetzes wird, so hoffe ich, das richtige Verhältnis zwischen Bundesstraßenkilometer und Dotierung garantieren.

Das größte Projekt der Landesstraßenverwaltung ist die Gaberlstraße, die eine finanzielle und technische Großleistung darstellt. Die Fertigstellung dieser Straße ist vordringlich, weil sie eine moderne Verkehrsader sein wird.

Voraussetzung für die Mobilität der Arbeitskräfte ist der Ausbau des Schnellbahnnetzes im

west- und obersteirischen Industrieraum und im Einzugsgebiet der Landeshauptstadt Graz.

Die Raumordnung tendiert zu einer Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsstätten. Dieses Konzept ist nur dann durchführbar, wenn die Menschen rasch, billig und verlässlich die Strecke vom Wohnort zum Arbeitsplatz bewältigen können. Ein Glanzstück zentralistischer Kaltschnäuzigkeit hat man sich im Jänner dieses Jahres im Luftverkehr geleistet. Graz sollte vom grenzüberschreitenden Flugverkehr ausgeschlossen werden. Dieser Anschlag ist mißglückt. Es steht fest, daß die Verbindung nach Frankfurt, wenn es nottut, dreifach abgesichert werden kann. Die Verbindung nach München ist in greifbare Nähe gerückt. Hier gilt dasselbe wie bei anderen steirischen Anliegen, wo auf unsere Interessen nicht Rücksicht genommen wird. Wir sind in jedem Falle gewillt und entschlossen, wenn notwendig, eigene Wege zu gehen.

Schließlich haben wir im Flugverkehr nicht nur den Personentransport, sondern das Frachtaufkommen zu sehen. Erst gestern wurde mir wieder von Siemens-Leuten dieser dringende Wunsch des Luftverkehrs nach München zugebracht. Wir können zum Beispiel nicht zusehen, wie ein einziger steirischer Spediteur jährlich 137.000 Tonnen Luftfracht nach Wien befördert, damit sie dort in Flugzeuge verladen werden.

Der steirische Landesvoranschlag wird in den nächsten Jahren weiter durch ein sprunghaftes Ansteigen der Ausgaben für Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten gekennzeichnet sein. Die Ausgaben haben sich von 83 Millionen Schilling im Jahre 1950 auf 811 Millionen Schilling im Jahre 1969 erhöht. Der Mangel an Ärzten und Pflegepersonal wird uns vor große Probleme stellen. Mit dem Ausbau der Krankenhäuser ist es auch nicht getan. Wir werden einfallreicher sein müssen.

Ich denke hier vor allem an Pflegestationen für ältere Leute mit Hilfe der Bezirksfürsorgeverbände, wie überhaupt für die ältere Generation liebevoller gesorgt werden muß, ansonsten verzweifeln uns Tausende inmitten eines Systems der sozialen Sicherheit.

Das Ausmaß des Wohnungsbaues wird von der Verteilung der Wohnbaumittel abhängen. Am 1. Jänner 1971 ist eine Neufestsetzung des Verteilungsschlüssels fällig. Wir werden darauf achten, daß die Kriterien der Ermittlung dieses Verteilungsschlüssels sorgfältig berücksichtigt werden. Unsere Wohnbaufachleute sind darauf trainiert.

Wir werden natürlich um einen gerechten Schlüssel kämpfen, auch bis zum Verfassungsgerichtshof.

Im übrigen garantiert unsere Wohnbaupolitik, daß der Bau und die Förderung von Eigenheimen nicht gegenüber Großprojekten zurückgesetzt wird. Die Eigenheimbauer können weiter auf uns rechnen. In den Jahren 1970 bis 1975 werden nach dem heutigen Stand der Mittel etwa 30.000 Wohneinheiten gefördert werden.

Einen Auszug, nicht eine erschöpfende Darstellung aus dem Arbeitsprogramm der Landesregierung habe ich hier nun vorgetragen.

Wenn man bedenkt, daß das Bauvolumen, welches über unser Landesbauamt verbaut wird, bald

die Dreimilliardengrenze überschreiten wird und das Land vom Hochbau über den Straßenbau, den Flußbau, die Wasserleitungs- und Kanalisationsanlagen eine einzige Baustelle sein wird, dann muß selbst einem Pessimisten klar werden, daß eine öffentliche Tätigkeit kein Ruhebett ist. 9 Regierungsmitglieder, 56 Abgeordnete, unsere Beamten und Vertragsbediensteten, Zivilingenieure, Arbeiter und Angestellte werden die Träger des Arbeitspensums sein. Unser Rückhalt ist der Steuerzahler, der nicht als Melkkuh betrachtet werden darf. Schließlich dient unsere Arbeit den Menschen. Der Kreis des Nehmens und Gebens bedarf einer verantwortungsbewußten Politik, die den Standard unseres Volkes nicht drücken, sondern heben muß.

Das Helfen und Fördern wird neben großen Aufgaben in unserem Lande stets Beachtung finden. Deswegen offeriere ich Ihnen keinen politischen Gemischtwarenladen mit schön klingenden Formulierungen. Mit solchen Erklärungen sind wir ohnedies versorgt. Mir ging es darum, eine Übersicht zu geben, was künftig sein und werden kann, wenn wir unsere Kraft nicht im politischen Streit vergeuden.

Bemühen wir uns um eine gute Atmosphäre im Lande, vermeiden wir das Hochspielen menschlicher Schwächen und sorgen wir für eine Gemeinschaft der Steirer, die, ohne neidisch zu sein, strebsam nach vorwärts blicken.

Ich grüße in dieser Stunde alle Steirer, ob sie mich gewählt haben oder nicht. Unsere Heimat so zu gestalten, daß wir uns alle wirklich zu Hause fühlen und ein wenig glücklich sein können, soll uns Aufgabe und Verpflichtung sein.

(Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Nach § 28 der Landesverfassung besteht die Landesregierung aus 9 Mitgliedern. Die Zahl der Regierungsmitglieder ist auf die Landtagsparteien im Verhältnis ihrer Mandatszahlen nach dem Ergebnis der Landtagswahl aufzuteilen.

Auf Grund des derzeitigen Verhältnisses der Mandatszahlen entfallen auf die ÖVP 5, auf die SPO 4 Mitglieder. Da der Landeshauptmann in den auf seine Partei entfallenden Anteil an den Regierungssitzen einzurechnen ist, entfallen auf die ÖVP noch 4 Mitglieder und auf die SPO 4 Regierungsmitglieder.

Für die Wahl dieser Regierungsmitglieder wurden mir folgende schriftliche Wahlvorschläge erstattet:

Von der Österreichischen Volkspartei die bisherigen Landesräte

Dr. Friedrich Niederl
Anton Peltzmann und
Franz Wegart sowie
Prof. Kurt Jungwirth;

Von der Sozialistischen Partei Österreichs

Erster Landeshauptmannstellvertreter
DDr. Alfred Schachner-Blazizek

und die bisherigen Landesräte

Adalbert Sebastian,
Josef Gruber und
Hans Bammer.

Über diese Wahlvorschläge lasse ich getrennt abstimmen und verweise noch auf § 28 Abs. 2 letzter Halbsatz der Landesverfassung, wonach alle Stimmen, die den Parteivorschlägen nicht entsprechen, ungültig sind.

Ich ersuche nun die Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei einverstanden sind, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche nunmehr die Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs einverstanden sind, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Auch dieser Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Die gewählten Mitglieder der Landesregierung ersuche ich, bei Namensaufruf unter Berufung auf ihre als Abgeordneter geleistete Angelobung zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

Abg. Hans Bammer: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Josef Gruber: „Ich nehme die Wahl an.“

Prof. Karl Jungwirth: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Friedrich Niederl: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Anton Peltzmann: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. DDr. Alfred Schachner-Blazizek: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Sebastian: „Ich nehme die Wahl an.“

Abg. Franz Wegart: „Ich nehme die Wahl an.“

Im Namen des Präsidiums des Steiermärkischen Landtages beglückwünsche ich die gewählten Herren zu ihrer Wahl zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung.

Ich bitte nun die gewählten Regierungsmitglieder, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Zum 3. Tagesordnungspunkt — Wahl der Bundesräte — stelle ich fest, daß nach Artikel 34 Abs. 3 der Bundesverfassung der Steiermärkische Landtag 8 Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden hat.

Nach Artikel 35 Bundesverfassungsgesetz sind die Mitglieder des Bundesrates und ihre Ersatzmänner durch den jeweiligen Landtag nach dem Grundsatz der Verhältniswahl zu wählen.

Auf Grund der Berechnung nach dem d'Hondt'schen System entfallen von den 8 zu vergebenden Mandaten 4 auf die ÖVP, und zwar das 1., 3., 5. und 7. Mandat, sowie 4 auf die SPO, und zwar das 2., 4., 6. und 8. Mandat.

In der gleichen Reihenfolge ist für jedes Mitglied auch ein Ersatzmann zu bestellen.

Von der Österreichischen Volkspartei werden als Mitglieder in der obenbezeichneten Reihenfolge vorgeschlagen:

Otto Hofmann-Wellenhof,
Abg. Edda Egger,
Matthias Krempf und
LAbg. Johann Pabst,

als Ersatzmänner:

LABg. Heribert Pözl,
LABg. Johanna Jamnegg,
Dr. Dipl.-Ing. Josef Spörk,
LABg. Karl Lackner.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs werden als Mitglieder in der vorhin genannten Reihenfolge vorgeschlagen:

als Mitglieder:

Prof. Dr. Josef Reichl,
Leopoldine Pohl,
Dr. Jolanda Offenbeck,
Rudolf Tirnthäl;

als Ersatzmitglieder:

LABg. Walter Gratsch,
LABg. Julie Bischof
LABg. Traute Hartwig
LABg. Josef Zinkanell.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Wahlvorschlag der ÖVP zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Wahlvorschlag der SPÖ zustimmen, um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Klubobmänner der ÖVP und SPÖ ersuche ich nunmehr um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte die Wahl annehmen.

Landeshauptmann Krainer:

Die von der ÖVP vorgeschlagenen Bundesräte und Ersatzmänner nehmen die Wahl an.

Landesrat Sebastian:

Die von der SPÖ vorgeschlagenen Bundesräte und deren Ersatzmänner nehmen die Wahl an.

Präsident: Der letzte Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung betrifft die Wahl der Landtags-Ausschüsse.

Nach § 15 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages werden zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände Ausschüsse gewählt, wobei der Landtag die einzelnen Ausschüsse und die Anzahl der Mitglieder und Ersatzmänner bestimmt.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Landtag vertretenen Parteien habe ich dem Hohen Haus drei Vorschläge zu unterbreiten.

1. Die bisherigen 7 Landtags-Ausschüsse werden um einen Ausschuss, und zwar um den Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuss, vermehrt.
2. Drei Ausschüsse, und zwar der Fürsorge-Ausschuss, der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuss und der Landeskultur-Ausschuss werden umbenannt in Sozial-Ausschuss, verkehrswirtschaftlicher Ausschuss und Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft.
3. Die einzelnen Ausschüsse sind in der bisherigen Stärke zu besetzen, und zwar der Finanz-Ausschuss und der Kontroll-Ausschuss mit je 15, der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuss sowie der Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuss mit je 11 und die übrigen Ausschüsse mit je 9 Mitgliedern bzw. Ersatzmännern.

Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Vorschlägen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Die drei Vorschläge sind somit einstimmig angenommen.

1. Wir kommen zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Finanz-Ausschusses. Diesem Ausschuss sollen 8 Mitglieder der ÖVP und 7 Mitglieder der SPÖ und ebensoviele Ersatzmänner angehören.

Von der ÖVP werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Adolf Marczik,
Heribert Pözl,
Simon Koiner,
Anton Nigl,
Rupert Buchberger,
Dr. Helmut Heidinger,
Hermann Ritzinger,
Ing. Hans Stoisser;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Josef Schrammel,
Prof. Dr. Karl Eichinger,
Dr. Johann Leopold Dorfer,
Dipl.-Ing. Franz Hasiba,
Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs,
Karl Lackner,
Josef Lind,
Alois Lafer.

Von der SPÖ werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Hans Brandl,
Johann Fellingner,
Dr. Christoph Klausner,
Harald Laurich,
Simon Pichler,
Dr. Dieter Strenitz,
Josef Zinkanell;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Friedrich Aichholzer,
Walter Gratsch,
Hans Gross,
Gerhard Heidinger,
Alois Klobasa,
Josef Loidl,
Anton Prensberger.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

2. Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuss.

Dieser soll sich aus 6 Mitgliedern der ÖVP und aus 5 Mitgliedern der SPÖ zusammensetzen.

Von der ÖVP werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Dr. Leopold Johann Dorfer,
Dipl.-Ing. Franz Hasiba,
Anton Nigl,
Karl Prenner,
Dr. Helmut Heidinger,
Dipl.-Ing. Hermann Schaller;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Simon Köiner,
Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs,
Karl Lackner,
Josef Lind,
Prof. Dr. Karl Eichtinger,
Ing. Hans Stoisser.

Von der SPO werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Johann Fellingner,
Gerhard Heidinger,
Dr. Christoph Klausner,
Hans Gross,
Walter Gratsch;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Friedrich Aichholzer,
Hans Karrer,
Harald Laurich,
Simon Pichler,
Dr. Dieter Strenitz.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesen Wahlvorschlägen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

3. Kontroll-Ausschuß.

Dieser Ausschuß soll sich wie bisher aus 7 Mitgliedern der ÖVP und 7 Mitgliedern der SPO sowie einem Mitglied der FPÖ zusammensetzen.

Von der ÖVP werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Dir. Adolf Marczik,
Dr. Johann Leopold Dorfer,
Karl Lackner
Alois Lafer,
Josef Lind,
Ing. Hans Stoisser,
Dipl.-Ing. Hermann Schaller;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Rupert Buchberger,
Prof. Dr. Karl Eichtinger,
Dipl.-Ing. Franz Hasiba,
Dr. Helmut Heidinger,
Franz Trummer,
Karl Prenner,
Heribert Pölzl.

Von der SPO werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Friedrich Aichholzer,
Traute Hartwig,
Karl Klancnik,
Alois Klobasa,
Josef Loidl,
Willibald Schön,
Josef Zinkanell;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Julie Bischof,
Walter Gratsch,
Gerhard Heidinger,
Hans Karrer,
Simon Pichler,
Jakob Preitler,
Alfred Sponer.

Von der FPÖ wird als Mitglied

Abg. Dipl.-Ing. DDR. Alexander Götz vorgeschlagen,
als Ersatzmann Abg. Franz Scheer (Abg. Karl Wimmeler).

Wer mit diesen Wahlvorschlägen einverstanden ist, möge eine Hand heben. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

4. Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschafts-Ausschuß).

Dieser setzt sich aus 5 ÖVP-Mitgliedern und aus 4 SPO-Mitgliedern zusammen.

Von der ÖVP werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Rupert Buchberger,
Karl Lackner,
Anton Nigl,
Simon Köiner,
Dr. Leopold Johann Dorfer;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Alois Lafer,
Alexander Haas,
Dipl.-Ing. Franz Hasiba,
Dipl.-Ing. Hermann Schaller,
Heribert Pölzl.

Von der SPO werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Friedrich Aichholzer,
Hans Brandl,
Jakob Preitler,
Josef Zinkanell;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Gerhard Heidinger,
Alois Klobasa,
Dr. Christoph Klausner,
Hans Karrer.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesen Wahlvorschlägen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

5. Sozial-Ausschuß.

Dieser setzt sich aus 5 Mitgliedern der ÖVP und 4 Mitgliedern der SPO zusammen.

Von der ÖVP werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Prof. Dr. Karl Eichtinger,
Adolf Marczik,
Dipl.-Ing. Hermann Schaller,
Heribert Pölzl,
Rupert Buchberger;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Josef Lind,
Anton Nigl,
Hermann Ritzinger,
Karl Lackner,
Simon Köiner.

Von der SPO werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Johann Fellingner,
Traute Hartwig,
Julie Bischof,
Dr. Christoph Klausner;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Hans Gross,
Alfred Sponer,
Dr. Dieter Strenitz,
Willibald Schön.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Wahlvorschlägen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

6. Verkehrswirtschaftlicher Ausschuß.

Dieser Ausschuß soll sich aus 5 Mitgliedern der ÖVP und 4 Mitgliedern der SPÖ zusammensetzen.

Von der ÖVP werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Prof. Dr. Karl Eichtinger,
Heribert Pözl,
Ing. Hans Stoisser,
Dr. Helmut Heidinger,
Josef Schrammel;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Simon Koiner,
Franz Trummer,
Hermann Ritzinger,
Josef Lind,
Dr. Leopold Johann Dorfer.

Von der SPÖ werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Hans Brandl,
Walter Gratsch,
Josef Loidl,
Simon Pichler;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Friedrich Aichholzer,
Karl Klancnik,
Anton Preamsberger,
Willibald Schön.

Ich ersuche die Abgeordneten, die den Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

7. Volksbildungs-Ausschuß.

Dieser Ausschuß soll aus 5 ÖVP-Mitgliedern und aus 4 SPÖ-Mitgliedern bestehen.

Von der ÖVP werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Dipl.-Ing. Hermann Schaller,
Heribert Pözl,
Simon Koiner,
Prof. Dr. Karl Eichtinger,
Karl Lackner;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Adolf Marczik,
Anton Nigl,
Josef Schrammel,
Hermann Ritzinger,
Ing. Hans Stoisser.

Von der SPÖ werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Hans Gross,
Gerhard Heidinger,
Alois Klobasa,
Traute Hartwig;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Dr. Dieter Klauser,
Simon Pichler,
Dr. Dieter Strenitz,
Harald Laurich.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesen Wahlvorschlägen einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

8. Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß.

Dieser soll sich aus 6 Mitgliedern der ÖVP und aus 5 Mitgliedern der SPÖ zusammensetzen.

Von der ÖVP werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs,
Hermann Ritzinger,
Dr. Helmut Heidinger,
Dipl.-Ing. Hermann Schaller,
Simon Koiner,
Dr. Leopold Johann Dorfer;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Heribert Pözl,
Karl Lackner,
Dipl.-Ing. Franz Hasiba,
Ing. Hans Stoisser,
Josef Schrammel,
Prof. Dr. Karl Eichtinger.

Von der SPÖ werden vorgeschlagen

als Mitglieder die Abgeordneten

Gerhard Heidinger,
Hans Karrer,
Dr. Christoph Klauser,
Simon Pichler,
Hans Gross;

als Ersatzmänner die Abgeordneten

Friedrich Aichholzer,
Dr. Dieter Strenitz,
Harald Laurich,
Josef Loidl,
Anton Preamsberger.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesen Wahlvorschlägen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

Die Mitglieder der Landtags-Ausschüsse sind somit gewählt und die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Da in der Landtagspräsidialkanzlei bereits Regierungsvorlagen und sonstige Geschäftsstücke eingelangt sind, werde ich, Hohes Haus, vor Schließung der Sitzung die bisher eingelangten Geschäftsstücke noch zuweisen.

Dem Finanzausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben Nr. 19/69 „Waldbach—Bruck a. d. L.“ der Landesstraße Nr. 25, Alplstraße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2, über den Ankauf der Liegenschaften EZ. 482 und EZ. 483, KG. Hartberg—Ungarvorstadt, von den Ehegatten Friedrich und Theresia Salomon in Hartberg;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 3, betreffend Grundstückstausch Landes-Sonderkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie Graz mit der Firma J. A. und E. Jäger in Graz gegen Wertausgleich;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 7, betreffend den Ankauf des Sparkassengebäudes Bad Aussee, Chlumeckyplatz 44, zur Unterbringung der politischen Expositur Bad Aussee;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 10, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1969 — 3. und abschließender Bericht für das Rechnungsjahr 1969;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 1, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 15. Dezember 1967, LGBl. Nr. 22/1968, über die Aufnahme eines Auslandskredites im Gesamtbetrag von 9 Millionen Schweizer Franken bei der Handelsbank in Zürich durch die Stadtgemeinde Graz zur Finanzierung verschiedener Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes, abgeändert und ergänzt wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 11, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung von Repolusk Karl und Amalia für das Bauvorhaben „Kurvenkorrektur in km 6,500“ der Landesstraße Nr. 151, Gamlitz—Eckberg—Fötschach;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 12, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben Nr. 35/69 „Döllach“ der Landesstraße Nr. 276, Lassingerstraße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 13, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Ob-

jektseinlösung von Schipfer Maria in Großklein Nr. 32 für das Bauvorhaben der Landesstraße Nr. 153, Arnfels—Heimschuh.

Dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß weise ich zu:

die Anzeige, Einl.-Zahl 4, des Abgeordneten Adolf Marczik gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes;

die Anzeige, Einl.-Zahl 5, des Abgeordneten Dr. Helmut Heidinger gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes;

die Anzeige, Einl.-Zahl 6, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes;

das Ersuchen, Einl.-Zahl 8, des Kreisgerichtes Leoben um Auslieferung des Abgeordneten Hermann Ritzinger.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren!

Damit die heute gewählten Landtags-Ausschüsse funktionsfähig sind, müssen je ein Obmann und Schriftführer sowie die erforderlichen Stellvertreter gewählt werden.

Mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien wurde bereits vereinbart, die Konstituierung dieser Ausschüsse im Anschluß an die Landtagssitzung vorzunehmen.

Ich bitte daher alle Abgeordneten, die in einen der Ausschüsse gewählt worden sind, nach der Sitzung noch kurz in der Landstube zu verbleiben.

Ich möchte heute schon dem Hohen Haus bekanntgeben, daß wir, nachdem die neue Landesregierung gewählt worden ist, die nächste Landtagssitzung mit einer Fragestunde einleiten.

Die nächste Landtagssitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 11.30 Uhr.